
Dana Schmalz

Das Bevölkerungsargument

Wie die Sorge vor zu vielen
Menschen Politik beeinflusst

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2789

Um das Jahr 1800 lebten etwa eine Milliarde Menschen auf der Erde. Heute sind es mehr als acht Milliarden. Begleitet wurde dieses Wachstum immer wieder von Mahnungen wie der des Ökonomen Thomas Malthus: Zu viele Menschen bedeuten Hunger, sie resultieren in gesellschaftlichen Krisen.

Dana Schmalz zeigt, wie mit dem »Bevölkerungsargument« Politik gemacht wird: Ein Zuviel an Wachstum gibt es immer nur anderswo, im Globalen Süden oder in marginalisierten Milieus. Regierungen nutzen das Argument, um reproduktive Rechte einzuschränken; rassistische Vorstellungen leiten oft die Entwicklungspolitik. Mit Blick auf den Klimawandel wird Bevölkerungswachstum kritisiert – und so von Überkonsum abgelenkt. Und rechte Verschwörungsideologen argumentieren mit Geburtenraten gegen Feminismus und Migration.

Dana Schmalz, geboren 1987, ist Referentin am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg/Berlin. Sie ist Mitherausgeberin der Zeitschrift *Kritische Justiz*.

Dana Schmalz

Das Bevölkerungs- argument

Wie die Sorge vor zu vielen Menschen
Politik beeinflusst

Suhrkamp

Erste Auflage 2025
edition suhrkamp 2789
Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag AG, Berlin, 2025

Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch eine Nutzung des
Werks für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.
Umschlaggestaltung: Nach einem Konzept von Willy Fleckhaus:

Rolf Staudt

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: C. H. Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12789-6

Suhrkamp Verlag AG
Torstraße 44, 10119 Berlin
info@suhrkamp.de
www.suhrkamp.de

Inhalt

Einleitung

Wie mit Bevölkerungswachstum argumentiert wird	9
Wie Bevölkerungswachstum die Moderne prägt	12
Warum Zahlen oft zu kurz greifen	16
Rechtsverletzungen im Kontext von Bevölkerungspolitik	20
Die Sorge vor zu vielen Menschen	23

1 Bevölkerungszahlen als Angelpunkt der

Moderne	29
Thomas Malthus und der Beginn des Bevölkerungsarguments im 19. Jahrhundert	30
Marx gegen Malthus – Industrialisierung und die soziale Frage	36
Neue Gleichheit und neue Ungleichheiten: Von Demokratisierung bis Eugenik	42
Kolonialismus und Emigration	51
Von der Angst vor Überflüssigkeit zu Totalitarismus und Vernichtung	53

2 Internationale Bevölkerungspolitik und

ökonomische Ungleichheit	57
Wie Bevölkerungswachstum ein Entwicklungsproblem wurde	60

Internationale Kontroversen zur Weltbevölkerung	67
Internationaler Bevölkerungsaktivismus und Bevölkerungskontrolle	73
Der Effekt des Bevölkerungsarguments auf Interpretationen globaler Ungleichheit	79
3 Migrationskontrolle und Taxonomien von Bevölkerung	85
Bevölkerungswachstum als Grund für Migrationskontrolle	86
Bevölkerungswachstum als Grund für Migration	91
Migrationspolitik und das Bild der »zu vielen Menschen«	96
4 Frauenrechte als Geburtenpolitik	103
Die Neurahmung des Bevölkerungsdiskurses im Vokabular von Frauenrechten	107
Zugang zu Geburtenkontrolle – und ambivalente Allianzen	113
Gleiche reproduktive Freiheit	120
5 Von Industrialisierung bis Wachstumskritik – Bevölkerungszahlen und Nachhaltigkeit ...	127
Bevölkerungswachstum als Klimafaktor – ein folgenreicher falscher Fokus	132

Von Klimawandelleugnung zu Ökofaschismus:	
Die neue Menschenfeindlichkeit	141
Verbrauchsgerechtigkeit statt neuer Bevölke- rungspolitik	146
 Epilog	 151
 Danksagung	 157
Anmerkungen	159

Einleitung

Wie mit Bevölkerungswachstum argumentiert wird

Als am 15. November 2022 der achtmilliardste Mensch geboren wurde, saßen Delegierte aus der ganzen Welt gerade auf der UN-Klimakonferenz in Scharm El-Scheich an der Südspitze des Sinai zusammen. Sie berieten über Maßnahmen, um Treibhausgasemissionen zu verringern und die am stärksten betroffenen Regionen im Umgang mit dem Klimawandel zu unterstützen. Die Verhandlung begleiteten Proteste vielerorts, angeführt von jungen Menschen, die ihre Zukunft durch die Zerstörung des Planeten bedroht sehen. Es ist inzwischen deutlich, dass Klimawandel und Ressourcenknappheit nicht zwei Themen unter vielen sind. Der Umgang mit ihnen bildet eine Aufgabe für die Menschheit als ganze und wirft drängende Fragen globaler Gerechtigkeit auf.

Die Geburt des achtmilliardsten Menschen war dabei natürlich ein aus Statistiken bestimmtes Ereignis, so zeitlich genau lassen sich Geburten weltweit nicht verfolgen. Doch die Aufmerksamkeit war wie schon bei Erreichen der vorigen Milliarden groß. Auf sogenannten Weltbevölkerungsuhren konnte man online die Weltbevölkerungszahl verfolgen, die pünktlich am 15. November die 8 000 000 000 erreichte. Ein in der philippinischen Hauptstadt Manila geborenes Baby wurde zum

achtmilliardsten Menschen erklärt. In vielen Medien erschienen Beiträge. Neben den Berichten darüber, wo die Bevölkerung wie stark zunimmt, erwähnten viele Artikel auch, dass die Weltbevölkerung laut Prognosen bis etwas über zehn Milliarden wachsen und danach wieder schrumpfen wird.

Dass das Erreichen von acht Milliarden Menschen mit der 27. UN-Klimakonferenz zusammenfiel, war symbolträchtig. Nun, da Diskussionen um Klimawandel und Forderungen nach Nachhaltigkeit gesellschaftlich große Aufmerksamkeit erhalten, wird oft auf Bevölkerungswachstum als Problem verwiesen. So schreibt etwa das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung auf seiner Webseite: »Damit alle Menschen selbstbestimmt und würdevoll leben können und eine nachhaltige Entwicklung möglich wird, muss das Wachstum der Weltbevölkerung abgeschwächt werden.«¹ Die britische Nichtregierungsorganisation Population Matters betitelte ihren Bericht anlässlich des Erreichens von acht Milliarden mit »Crisis Point« und betont, dass sich sowohl die Weltbevölkerung als auch die CO₂-Emissionen seit 1974 verdoppelt haben. Mehr Menschen bedeuten mehr Verbrauch von Ressourcen und mehr Emissionen, so einfach scheint die Rechnung.

Doch auf das Klima wirkt sich vor allem die Lebensweise von Menschen aus und weniger ihre Zahl. Das reichste Prozent der Weltbevölkerung produziert doppelt so viele Emissionen wie die ärmsten fünfzig Prozent.² Durch Verursachung und Auswirkungen des Klimawandels zieht sich die Ungleichheit als roter Faden.

Staaten haben in höchst unterschiedlichem Maße durch Emissionen die Erderwärmung mitausgelöst, Regionen sind in höchst unterschiedlichem Maße betroffen. Innerhalb von Gesellschaften sind es die Ärmsten, die durch Umweltzerstörung, Dürren oder Überschwemmungen zuerst ihre Lebensgrundlage verlieren.

Schon 1972 erschien die von Mitgliedern des Club of Rome verfasste Studie *Die Grenzen des Wachstums*, welche die »Bevölkerungsexplosion« als eines der drängendsten Probleme der Menschheit benannte und vor den ökologischen Folgen warnte.³ In den fünfzig Jahren seither ist das Bevölkerungswachstum erheblich zurückgegangen, von damals rund zwei auf heute weniger als ein Prozent. Gleichzeitig verschärfte sich der ökologische Notstand. Während die »Bevölkerungsexplosion« auf besorgtes Interesse stieß, rangen Wissenschaftler:innen noch jahrzehntelang darum, dass ihre Warnungen hinsichtlich der Klimaveränderungen Gehör fanden. Heute, da der Klimawandel in der globalen Öffentlichkeit breite Aufmerksamkeit erfährt, wird wiederum über Bevölkerungszahlen gesprochen. Insbesondere weil Umweltverschlechterungen und das regional unterschiedliche Bevölkerungswachstum zu Migration beitragen.

»Zu viele Menschen« – diese Sorge begleitet Diskussionen über Klima- und Umweltschutz, über Migration, über Armut, über Entwicklungspolitik. Seit Beginn des 19. Jahrhunderts wächst die Menschheit erheblich, besonders im 20. Jahrhundert war das Wachstum massiv. Nun nähern wir uns dem Zenit der Weltbevölkerungszahl, doch die Argumentationen mit Bevölkerungs-

wachstum haben Gesellschaften geprägt und wirken fort.

In diesem Buch geht es darum, wie mit Bevölkerungswachstum argumentiert wird – und inwiefern diese Argumentationen oft einseitig sind. Als Bevölkerungsargument bezeichne ich die Behauptung, dass soziale Probleme auf übermäßiges Bevölkerungswachstum zurückzuführen seien. Dieses Argument gibt es in verschiedenen Varianten: in Bezug auf lokale Armut und auf globale Armut, in Bezug auf Migration und in Bezug auf Nachhaltigkeit. In all diesen Zusammenhängen sind demographische Entwicklungen ein Faktor, aber häufig dienen sie auch als Sündenbock. Es geht mir nicht darum, die oft wichtige Rolle von Bevölkerungszahlen zu bestreiten, sondern darum, die weiteren politischen Zusammenhänge zu beleuchten, in denen mit Bevölkerungswachstum argumentiert wird.

Wie Bevölkerungswachstum die Moderne prägt

Zunächst ist aber ein Blick auf die Zahlen wichtig: Die demographische Entwicklung in der Moderne war gravierend. Im Jahr 1800 lebte ungefähr eine Milliarde Menschen auf dem Planeten Erde, bis dahin war die Weltbevölkerung sehr langsam gewachsen. Doch dann nahm das Wachstum rasant zu. Im Jahr 1900 gab es schon ungefähr 1,6 Milliarden Menschen, 1927 waren es zwei Milliarden. Von der ersten zur zweiten Milliarde dauerte es also immerhin noch 127 Jahre, die weiteren Milliar-

den folgten viel schneller. Im Jahr 1960 erreichte die Weltbevölkerung drei Milliarden, dann vier Milliarden im Jahr 1974 und fünf Milliarden im Jahr 1987. Im Jahr 1999 waren es sechs Milliarden Menschen und 2011 sieben Milliarden, bevor 2022 die Marke von acht Milliarden Menschen erreicht wurde. Das Wachstum beschleunigte sich also, nimmt inzwischen aber wieder allmählich ab. Am höchsten war die Wachstumsrate mit knapp über zwei Prozent zwischen den Jahren 1963 und 1970, heute ist die Wachstumsrate abgeflacht und liegt bei 0,9 Prozent. Die anerkannten Prognosen über die weitere Entwicklung der Bevölkerungszahlen unterscheiden sich zwar, alle sagen jedoch ein Ende des Bevölkerungswachstums gegen Mitte oder Ende des 21. Jahrhunderts voraus. Demnach wird die Weltbevölkerung eine Höchstzahl von zehn oder elf Milliarden erreichen und danach schrumpfen.

Die Bevölkerung wuchs zu unterschiedlichen Zeiten in unterschiedlichen Regionen besonders stark. Im 18. Jahrhundert begann eine demographische Veränderung zunächst in England und dann in vielen europäischen Staaten: Die Kindersterblichkeit sank, und die Lebenserwartung insgesamt nahm zu. Da die Zahl der Geburten erst einmal gleich blieb, setzte ein starkes Wachstum der Bevölkerung ein. Binnen einiger Jahrzehnte ging die durchschnittliche Geburtenzahl zurück, und das Wachstum der Bevölkerung verlangsamte sich wieder. Die Entwicklung lässt sich als wellenförmiger Graph beschreiben: Eine hohe Geburtenzahl mit hoher Kindersterblichkeit bedeutet ein allenfalls geringes Wachstum der Bevölkerung, während einer Phase mit

verbleibend hoher Geburtenzahl, aber geringer Kindersterblichkeit steigt der Graph steil an, bevor er mit einer sinkenden Geburtenzahl wieder abflacht. Bezeichnet wird diese Entwicklung als *demographic transition*, als demographischer Übergang.⁴ Während dieses Übergangs wächst die Bevölkerung stark, und selbst wenn das Wachstum danach abnimmt, verbleibt die Bevölkerungszahl insgesamt auf einem höheren Niveau.

In Europa wuchs die Bevölkerung im 19. Jahrhundert erheblich. So stieg die Zahl der Einwohner:innen in England und Wales im Laufe des Jahrhunderts von knapp neun Millionen auf rund 32 Millionen.⁵ Deutschlands Bevölkerung nahm in derselben Zeit um 37 Millionen zu, von 18 auf 55 Millionen.⁶ Dieses Wachstum war von starker Emigration begleitet. Im 20. Jahrhundert verschob sich der Schwerpunkt des Wachstums in andere Weltregionen. Die untenstehende Tabelle zeigt, wie die Bevölkerung zwar überall zunahm, aber sich die Anteile an der Weltbevölkerung und am Wachstum veränderten. Um 1750 lebten 28,5 Prozent der Weltbevölkerung in China, 18,9 Prozent in Europa und 0,4 Prozent in Nordamerika (Kanada und USA). Hundert Jahre später, um 1850 waren es rund 35 Prozent in China, 23 Prozent in Europa und zwei Prozent in Nordamerika. Nochmals fünfzig Jahre später, um 1900 lebte rund ein Viertel der Menschheit in China, ein Viertel in Europa und 5,5 Prozent in Nordamerika.⁷ Der Zuwachs der Bevölkerung Nordamerikas ist vor allem auf Immigration zurückzuführen. In Afrika lebten um 1790 rund 141 Millionen Menschen, um 1890 waren es rund 145 Millionen; dass das Wachstum so gering ausfiel, war

auch durch Versklavung und Sklavenhandel bedingt.⁸ Im 20. Jahrhundert begann die Bevölkerung Afrikas zu wachsen, auf rund 284 Millionen im Jahr 1960 und 1,4 Milliarden im Jahr 2022. Heute leben rund 17,5 Prozent der Weltbevölkerung in Afrika, 2050 wird es laut Prognosen ungefähr ein Viertel sein.

Tabelle 1: Bevölkerung in Millionen Menschen, gerundet⁹

	1800	1890	1920	1960	2000	2020
<i>Asien</i>	683	885	1080	1700	3740	4660
<i>(davon China)</i>	330	377	463	654	1260	1420
<i>(davon Indien)</i>	201	275	301	445	1060	1400
<i>Europa</i>	195	374	457	606	728	747
<i>Afrika</i>	81	135	151	284	819	1360
<i>Nordamerika</i>	14	88	142	265	486	594
<i>Südamerika</i>	9	34	61	149	350	432

Nicht nur das Wachstum der Weltbevölkerung insgesamt, sondern besonders die regionalen Verschiebungen machten Bevölkerungsfragen zu einem so intensiv diskutierten Thema. Um 1950 war die Fertilitätsrate in Europa und Nordamerika auf durchschnittlich 2,7 bzw. drei Geburten pro Frau gesunken, die Fertilitätsrate in Asien lag bei 5,7, die in Afrika bei 6,6.¹⁰ Dementsprechend wuchs der weltweite Anteil der asiatischen und afrikanischen Bevölkerung. Seit 1974 sinken die Fertilitätsraten auf allen Kontinenten, sind aber weiter-

hin sehr unterschiedlich, mit durchschnittlich 4,3 Geburten pro Frau in Afrika, im Vergleich zu 1,9 in Asien, 1,6 in Nordamerika und 1,5 in Europa.¹¹ Die Bevölkerung Asiens macht heute über die Hälfte der Weltbevölkerung aus, Afrika bleibt der Kontinent mit der am schnellsten wachsenden Bevölkerung.

Warum Zahlen oft zu kurz greifen

Mit diesen Zahlen werden seit zweihundert Jahren Debatten geführt. Die Themen, um die es dabei ging, sind heute weiterhin zentral: Armut, Frauenrechte, Migration, gerechte Verteilung zwischen verschiedenen Erdteilen, Ressourcenverbrauch und Umweltbelastungen. Bevölkerungsentwicklungen hatten einen realen Einfluss auf Staaten, doch auch die sie begleitenden Diskurse prägten Politik. Wie mit Bevölkerung argumentiert wurde, spiegelte dabei regelmäßig Machtverhältnisse.

Den Auftakt zur Debatte um »zu viele Menschen« gab 1798 Thomas Malthus' Essay *Das Bevölkerungsgesetz*. Der britische Pfarrer und spätere Professor für Ökonomie warnte, die Nahrungsversorgung könne nur linear wachsen, die Bevölkerungszahl steige aber exponentiell. Eine unkontrollierte Bevölkerungszunahme müsse daher zu Nahrungsmittelknappheit führen. Zugleich setzte Malthus seine Untersuchung bei der Frage an, warum es den Armen trotz der »immensen Summe«, die jährlich für sie gesammelt würde, dennoch so schlechtgehe.¹² Sein Essay traf bei Englands Intellek-

tuellen auf großes Interesse. Es mischten sich dabei sozialwissenschaftliches Interesse und gesellschaftliche Sorge mit einer Apologie der Bessergestellten: Die Armut vieler Arbeiter:innen ließ sich damit begründen, dass sie zu viele Kinder bekamen – und nicht etwa damit, dass die Löhne zu niedrig wären. Das Bevölkerungsargument statt sozialer Umverteilung. Über die Richtigkeit von Malthus' ökonomischen Thesen wurde lange gestritten, doch unabhängig davon hatte seine Schrift eine weitreichende politische Wirkung im Kontext von Industrialisierung und neuen sozialen Fragen.

Das Argument, die hohe Geburtenrate sei die wesentliche Ursache von Armut, wiederholte sich im 20. Jahrhundert gewissermaßen auf globaler Ebene. In den 1960er und 1970er Jahren trafen mehrere Entwicklungen aufeinander: Viele zuvor kolonialisierte Staaten erlangten ihre Unabhängigkeit, die Welt ordnete sich neu. International wurde um Regeln gerungen, insbesondere mit den Debatten um eine Neue Weltwirtschaftsordnung. Zugleich hatte sich das Bevölkerungswachstum wesentlich in die Staaten des Globalen Südens verlagert.¹³ In diesen Jahren nun wurde Bevölkerungswachstum zum überragenden Thema in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Foren: Geringere Geburtenraten seien für Entwicklung unerlässlich, so lautete das Credo. In der westlichen Öffentlichkeit erreichten Debatten um »Überbevölkerung« ihren Höhepunkt, beispielsweise mit dem 1968 veröffentlichten Buch *Die Bevölkerungsbombe* des US-amerikanischen Biologen Paul R. Ehrlich.

Dieser Fokus auf Bevölkerungswachstum beruhte

auf ausführlichen fachlichen Auseinandersetzungen, aber er war auch Ergebnis politischer Verhältnisse. In dem komplexen Geflecht von Gründen für ökonomische Ungleichheit wurde Bevölkerungswachstum bzw. »Überbevölkerung« besonders herausgehoben. Das blieb nicht ohne Auswirkung auf sonstige politische Prozesse der Zeit. Je stärker Familienplanung zum Hebel erklärt wurde, um Armut und sozialen Missständen zu begegnen, desto mehr rückten andere Aspekte in den Hintergrund: die Verantwortung ehemaliger Kolonialmächte oder Regeln des internationalen Handels, der Staaten des Globalen Südens vielfach in der Rolle der Rohstofflieferanten hielt.

Das Bevölkerungsargument führt gesellschaftliche Probleme auf übermäßiges Bevölkerungswachstum zurück. Eine solche Analyse ist nicht per se falsch, doch oft finden in Bezug auf Bevölkerungswachstum und Geburtenraten Fehlinterpretationen statt. Dann wird entweder die Rolle von Bevölkerungswachstum im Verhältnis zu anderen Faktoren überbewertet, oder es werden weitere politische und historische Rahmenbedingungen ausgeblendet. Teilweise wird das Bevölkerungsargument strategisch eingesetzt, teilweise ergibt es sich aus einer einseitigen Weltsicht. Häufig wird mit dem Bevölkerungsargument Verantwortung zugeschrieben: Menschen seien selbst schuld an ihrer Armut. Staaten hätten die Verantwortung, Bevölkerungswachstum so zu gestalten, dass die Menschen innerhalb ihrer Grenzen gut leben können und bleiben. So wird beispielsweise argumentiert, um eine strikte Migrationspolitik zu legitimieren.

Tatsächlich sind die Diskussionen um Bevölkerungswachstum seit Langem mit der Regulierung von Migration verwoben. Im 19. Jahrhundert begleitete erhebliche Emigration das Wachstum in Europa, gegen Ende des 19. und besonders im 20. Jahrhundert setzte dann eine starke Regulierung von Migration ein. Heute gelten die ungleichen Geburtenraten eher als Grund, um internationaler Migration vorausschauend entgegenzuwirken. Umgekehrt schürt die Sorge vor Migration das Interesse an Geburtenraten besonders in Afrika. Die Wahrnehmung von Menschen als »zu viel« kann schnell die Grundlage dafür bereiten, ihre Rechte zu beschneiden. Insofern muss kritisch reflektiert werden, wie der Bevölkerungsdiskurs zu der öffentlichen Stimmung beiträgt, die eine immer gewaltvollere Migrationskontrolle an europäischen Grenzen hinnimmt oder befürwortet.

Seit den 1980er und 1990er Jahren sind reproduktive Rechte und Gleichberechtigung von Frauen zunehmend ins Zentrum der Debatte gerückt und haben den Diskurs um gezielte Bevölkerungskontrolle abgelöst. Dabei wurden Rechte und Bildung von Frauen teilweise instrumentell betrachtet, als vielversprechendes Mittel zur Erreichung eines Rückgangs der Geburtenrate. Insgesamt haben die Allianzen zwischen Kämpfen für Möglichkeiten der Geburtenkontrolle und denen für Bevölkerungskontrolle eine lange, ambivalente Geschichte. Gleiche reproduktive Freiheit wird immer wieder von mehreren Seiten bedroht: von konservativen Gegnern der Geburtenkontrolle wie der katholischen Kirche, von rassistischen Antifeministen, die nur Gebur-